

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Verbesserte Position trotz feindlicher Widerstände ringsum.

So mild der nun zu Ende gehende Winter auch war, so furchtbar hat die Erwerbslosigkeit trotz alledem auch in den letzten Monaten die Arbeiter des Malergewerbes heimgesucht. Mehr als 88 % allein der organisierten Kollegen wurden von uns am Jahreschluss als arbeitslos gezählt; dabei werden bekanntlich die Unorganisierten weit noch stärker betroffen, und viele Halb- und Viertelmeister, Lehrlinge und unorganisierbare Hilfskräfte hat das gleiche Los ereilt. So zeigt es sich eben innenfällig, wie schwer die allgemeine Wirtschaftskrise gerade auch unser Gewerbe bedrückt.

Was nützt es, daß für die doppelte Zahl der beschäftigten Kollegen auf Jahre hinaus Arbeit vorhanden ist, wenn der Bau von Wohnungen immer noch stockt und die Errichtung öffentlicher Gebäude der verschiedensten Art fast ganz zurückgestellt wird, wenn selbst die aus hygienischen und sittlichen Gründen dringendsten Renovierungsarbeiten in bewohnten Häusern unterbleiben, wenn die Reichs-, Landes- und Stadtbehörden aus finanziellen Gründen keine Aufträge vergeben, wenn die vermögenden Leute und Schwerverdiener ihre Luxusbedürfnisse, besonders auch unferm Arbeitsfelde, zurückstellen, wenn außerdem alle noch vorhandenen Arbeiten in kaum noch zu unterbindender Einfachheit und Dürftigkeit, oft sogar noch faktisch höchst mangelhaft bei schlimmster Behringungsschikane und bei zehnmündiger Arbeitszeit zu erbärmlichsten Preisen hergestellt werden. Indessen fault und rostet, was bei einem rechtzeitigen und sachgemäßen Anstrich und von einer mehr als zehnfach so teureren völligen Erneuerung ganzer Gebäudeteile zu retten wäre. Der von den Fassaden sogar an den Vorderfronten — wie sieht es erst hinten aus — herabfallende Putz muß erst tote und Verwundete zurücklassen, ehe die zuständigen Behörden praktisch mobil werden und trotz aller guten Vorsätze und der schon langsam dämmern den besseren Einsichtslage es ein altes Vorurteil nicht zu, daß unsere Arbeiten wenigstens einigermaßen gleichmäßig auf das ganze Jahr verteilt werden.

Damach bleibt es dringende Pflicht aller verantwortlichen Organisationsmitglieder, hier, wie schon seit Jahren, auch weiter Verbesserungen anzustreben, und darum freuen wir uns, daß unsere Verhandlungen mit den Arbeitgeberorganisationen unseres Gewerbes im letzten November in mehreren Städten bereits sehr erfreuliche Erfolge möglich gemacht haben. Hierdurch sind Aufträge im Werte von Hunderttausenden herbeigekommen und Hunderte arbeitsloser Kollegen wochen- und monatelang in Arbeit gekommen. Hat hier auch der milde Winter mitgeholfen, vieles wäre dennoch ohne unser Vorgehen nicht zu erreichen gewesen. Und hätten alle Verwaltungsbüros ebenso intensiv gearbeitet, so wäre der Erfolg noch vielfach größer. Wie kurzfristig und rückständig demgegenüber die hysterischen Klufe aus den Kreisen derer, die diese ernste und wirklich soziale Arbeit mit aufwärmten Schlagworten diskreditieren oder ihr aus Verachtung mit nebensächlichen Argumenten aus dem Wege räumen möchten. Dabei ist es keine Entschuldigung, daß auch der Arbeitgeber nicht überall mitun; denn auch unter ihnen gibt es Leute, die gegen die gemeinsame Arbeit mit uns — aus Klasseninstinkt oder aus persönlichen Gründen — allerlei Befürchtungen hegen. Arbeiten diese nicht mit, so beschäme man sie durch eigenes, selbständiges Vorgehen.

Unbelämmert der sehr vielen, nicht immer ganz sachlichen Widerstände von außen her und der Hemmungen aus Berufsvereinständen heraus, werden wir auf diesem Gebiete anhaltend tätig sein, bis wieder völlig normale Wirtschafts- und Berufsverhältnisse bestehen und bis unserm Gewerbe der schädliche Saisoncharakter genommen ist. Das ist eine Arbeit auf lange Sicht, nicht minder wichtig als alles andere, das stets im Vordergrund unserer Arbeit stehen wird.

Diese Arbeit darf selbst im Sommer nicht unterbleiben. Sie muß für den kommenden Winter schon unmittelbar im

Frühommer einsetzen, muß nach und nach alle Gebiete unseres beruflichen Lebens ergreifen, worüber die Richtlinien vom letzten November näheren Aufschluß verbreiten. Diese Arbeit wird ferner auch um so bringlicher, je mehr die Hoffnung auf eine Bejahung schwindet, die die große Not des schaffenden Volkes in den Bereich ihrer Tätigkeit zieht. In Erwartung reicher Gewinne und einseitigster Vorteile auf Kosten der Arbeiterschaft haben die Rechtsparteien das Heft in der Reichsregierung in die Hand genommen. So stehen wir denn einem sogenannten Bürgerbünd gegenüber, der auf der einen Seite den Besitz ebenso maßlos vermehren, wie er auf der andern Seite die Wohlfahrt des

Ich will euch ein einfaches und leichtes Mittel angeben, unsere Zahl in kürzester Frist noch zu verbundertfachen. Jeder einzelne von euch muß sich zum Gesetz machen, in jeder Woche, was ihm nicht schwer werden kann, mindestens ein bis zwei Mitglieder zu gewinnen, und jede Woche für eine verlorene halten, in welcher er sich dieser Pflicht nicht entledigt hat. Bedenket, in welcher geometrischen Progression sich unsere Reihen vervielfachen müssen, wenn jeder von euch von dieser Bestimmung durchdrungen ist. Ja, es muß dahin kommen, daß es für eine Art von Makel und derjenige nicht für voll gilt, der unsern Reihen nicht beigetreten ist, denn es fehlt ihm entweder die Einsicht in das Lebensinteresse seiner Klasse oder an der Männlichkeit, für dieses Interesse selbst zu wirken.

Volkes folgerichtig herabdrücken wird. Lohnrückerei und Arbeitszeitverlängerung trotz zunehmender Arbeitslosigkeit, Verminderung der Arbeitslohnfürsorge, Rückschritt im Gesundheits- und Unfallschutz, propende Ehrenmale zur Verherrlichung des für ach so viele nationalstische Schreihälse doch so einträglich gewesenen Krieges, statt ausreichender Versorgung der Opfer dieses furchterlichen Wahnsinns; das sind nur einige wenige Andeutungen dessen, was uns bevorsteht.

Angesichts solch schlimmer Perspektiven muß unsere gewerkschaftliche Arbeit noch intensiver, planmäßiger und unermüdlicher werden als sie es bisher schon gewesen ist. Alle Probleme, die im weiteren Zusammenhang mit unserm sozialen Dasein stehen, müssen in Angriff genommen werden. Vielleicht zeigen schon die bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung unseres Reichsstarifvertrages manchem noch leichtgläubigen und weniger für planmäßige Reformarbeit als für großspuriges Wortgeklänge und unmögliche Parolen begeisterten Kollegen den Ernst der Situation. Vielleicht stehen wir aber auch bald vor ersten Lohn- und Arbeitszeitfragen. Arbeitslosenversicherung, wichtige Steuerfragen, die Wohnungsbewirtschaftung, die Mietpreisregelung und vieles andere treten in kürzester Zeit praktisch hervor. Die Handwerkerbejahung und die Lehrlingsregelung hatten schon seit langem der endgültigen Behandlung. Die politische Reaktion aber klopf immer lauter an die Tore der Republik, und es muß sich zeigen, ob es ihr gelingt, die durch Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eingeleitete und auch von unsern Gewerkschaften vorwärts getriebene Friedenspolitik wieder zu zerbrechen.

Doch ein Lichtblick leuchtet auf. So brutal die verheerende Wirtschaftskrise uns auch trifft, so erfreut sind

wir, daß unser Verband sie auch das letzte Jahr wieder ohne den geringsten Verlust überstanden hat. Denn dem Höchststand von 48 600 Mitgliedern im dritten Quartal 1926 stehen 42 660 in dem stets ungünstigeren vierten Quartal gegenüber. In diesem aber ist die Mitgliederziffer des gleichen Quartals im Vorjahr um mehr als 600 überschritten worden.

Die hier bekanntgegebenen Zahlen werden sich nach endgültiger Bearbeitung nur noch ganz geringfügig verändern. Sie zeigen aber jetzt schon, daß unser Verband auf solider Grundlage steht. Auch sein finanzielles Gefüge ist durchaus gesund. Unsere Finanzen haben sich dank der vom Verbandsvorstand und -beirat getroffenen vorbeugenden Maßnahmen und trotz größter Verwendung von Arbeitslosenbeiträgen normal entwickelt.

Nur so weiter und der Anbruch wirtschaftlich günstigerer Zeiten wird uns den mit Ungebuld erwarteten, viel schnelleren Aufstieg bringen. Bis dahin liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit mehr in der Erhaltung der erreichten Position als in himmelstürmenden Erfolgen. Dem aber genügen wir in vollstem Maße. Eifern die Verbandsfilialen, die 1926 einen Rückgang oder Stillstand erlebten, denen nach, die eine weitere Zunahme buchen konnten, dann wird das begonnene Jahr, mag kommen, was auch will, uns wieder einen Aufschwung bringen.

Zu den Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1927.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar-März 1927 durchzuführen. Von den Ortsausschüssen des DMB und den Ortsstellen des AfA-Bundes ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an dem alle Betriebsvertretungen die Bestimmung des Wahlvorstandes

vornehmen und die Belegschaften in den Betrieben, in denen gegenwärtig eine Vertretung nicht besteht, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes aufzufordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, die im Laufe des Jahres 1926 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 bezw. §§ 42 und 43 DMB, Betriebsvertretungen, die erst im Jahre 1927 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso die Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1926 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß §§ 61, 62 DMB (bei Behörden, bei der Reichsbahn, im Bau- und Gewerbe usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht. Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiter- und Angestelltenbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419/20) und die Richtlinien des AfA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierte oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongressbeschlüsse nicht anerkennen.

Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare hat sich der Wahlvorstand im Betriebe herstellen zu lassen. Die Materialien dazu hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 26 DMB und § 22 der Wahlordnung zum DMB).

Das ganze Jahr 1926 war für die Gewerkschaften und damit auch für die Betriebsräte sehr bewegt. Die Auseinandersetzungen über Nationalisierung, Technisierung und Typisierung, die große Arbeitslosigkeit, das Ueberbundenunwesen und die Absicht der Unternehmer, das Ar-

beitsrecht und das Sozialrecht abzubauen, haben die Kräfte der Gewerkschaften vollkommen in Anspruch genommen. Das Jahr 1927 hat diese Probleme übernommen. Es gilt vor allen Dingen, die Auswüchse der Rationalisierung zu beseitigen und zu verhindern, daß die Arbeiter und die Angestellten dabei die Leidtragenden sind. Vielmehr muß die Rationalisierung als Fortschritt der Menschheit auch der Arbeiterklasse zugute kommen.

Die Arbeitslosigkeit ist zu beseitigen, was u. a. auch dadurch bis zu einem gewissen Grade erreicht werden muß, daß der Achtstundentag gesetzlich wieder hergestellt wird. Auch hierbei werden die Betriebsräte den Gewerkschaften ihre wertvolle Hilfe nicht verweigern dürfen.

Große Aufgaben stehen infolgedessen den Betriebsräten bevor. Es ist daher

Pflicht jeder Belegschaft,

die eine Betriebsvertretung wählen kann, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß auch von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird. Die Gewerkschaften bemühen sich ununterbrochen, die Position der Betriebsräte zu sichern. Durch das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 ist mit Wirkung vom 1. Juli 1927 auch für die Betriebsvertretungen eine volle Einheitlichkeit der Rechtsstellen geschaffen worden, so daß also nicht wie bisher die Betriebsräte notwendig haben, sich an die unterschiedlichsten Rechtsstellen wenden zu müssen. Außerdem sind auch durch das Arbeitsgerichtsgesetz für die Betriebsräte je nach Größe der Sicherheiten geschaffen worden. Gegen Entscheidungen der Arbeitsgerichte auf Amtsenthebung von Betriebsräten bzw. Zustimmung zur Entlassung von Betriebsräten gibt es nach Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes die Rechtsbeschwerde mit aufschiebender Wirkung an das Landesarbeitsgericht. Die Gewerkschaften haben auch dem Reichstage Anträge eingereicht, um die objektive Durchführung des ArbG. mehr als bisher zu sichern. Das ArbG. soll so geändert werden, daß auch die Belegschaften den Wahlvorstand bestellen können und daß der Wahlvorstand, die Kandidaten zu den Neuwahlen, die ausscheidenden Betriebsräte und die amtierenden Betriebsräte selbst vor Maßregelungen geschützt sind.

Um alle diese wichtigen Aufgaben durchzuführen und zu erfüllen, ist es notwendig,

die Gewerkschaften soviel wie möglich zu stärken.

Auch hierbei haben die Betriebsräte mitzumachen, sie müssen als Funktionäre der Gewerkschaften dafür eintreten, daß alle Arbeiter und alle Angehörigen Mitglied der für sie zuständigen freien Gewerkschaft sind.

Kunnehr an die Arbeit! Das wichtige gesetzliche Mindestminderungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen! Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsrätewahlen sein.

Berlin, 1. Februar 1927.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Materialistische und idealistische Weltanschauung.

Zwei: Gegenätze, wie man sie schroffer kaum ausdenken vermag. — Beide sollen nach entgegengelegter Meinung Schuld tragen an dem Elend heutiger Zeit und insbesondere trifft den Idealismus der Vorwurf, daß er das Unglück unzes Volkes verursacht habe. — Eine solche Behauptung ist schon deshalb absurd, weil wahrer Idealismus eine Geistesgabe ist, die den wenigsten Menschen bis jetzt zu eigen, und weil diese Wenigen nicht den geeigneten Einfluß auf die Wege des Geschehens ausüben.

Was man im allgemeinen als „idealistisch“ bezeichnet und begehrt, ist zum vorwiegend größten Teile selbst verkappter Egoismus, der Vorteile sucht, also materialistisch ist.

Was ist Idealismus? Ein Begriff und abzuleiten grammatikalisch vom Worte „Ideal“ im Sinne des Verheerers, aber grundverschieden von diesem in der Auslegung. Wer beispielsweise einen schönen Körper als „ideal“ bezeichnet, wer in einem bestimmten Regime das ideale Regierungssystem sieht, oder sonst etwas als Ideal preist, ist „jugendlich“ von einer Idee, aber noch lange kein Idealist. Ein Idealist muß „Mensch“ sein, empfinden und handeln als solcher, und in jedem seiner Art den Menschen sehen, der — wie er — das gleiche Recht auf Leben und Existenz besitzt. Er bekennt die Scheinshätze dieser Welt, welche er als Phänomen erkannte, das uns Verderben, zum Verrat und Verdrüßlich führt. Er ist bereit, für sein „Ideal“ die schwersten Strapazen auf sich zu nehmen, sich aufzuopfern und sieht selbst im Märtyrertode das keimende Samentorn, das Frucht tragen muß.

Auch der „Idealismus“ ist eine Idee, aber eine solche, die geboren ist aus Erfahrung und der logischen Erkenntnis der Angerechtigtheit und Unwürdigkeit materialistischer Ordnung. Sie allein darf mit Recht als „ideal“ gelten.

Der Materialismus hingegen, der keinen Vorteil sucht, wo und wie er ihn findet, und der über Leichen schreiet, wenn es ihm Nutzen bringt, erhebt auf dem Boden des durch die Rationalisierung bedingten Gesetzes, das naturgemäß auf der Seite des Stärkeren beruhen mußte und nun willkürlich in die sogenannte Kulturperiode übernommen, zu Ruh und Frieden einer geringen Minderheit zur „natürlichen“ Triebkraft geworden wird.

Beide beiden Grundanschauungen lassen unüberwindliche Spalten. Ein Ausgleich zwischen ihnen ist unmöglich, aber beide haben trotzdem im Weltgeschehen die Bewältigung der Existenz; denn nur durch die Auswirkung des Materialismus auf das Leben, Denken und Fühlen der Menschen wurde der Raum zur Schöpfung nach Verdrängung des menschlichen Lebens und damit der Verhältnisse gelegt, lang aufgegeben und unter dem Druck des materialistischen Systems sich entwickeln. Noch steht die Menschheit im Anfangsstadium ihrer Entwicklung hinsichtlich ihrer endgültigen Bestimmung. Der „Idealistische“ Menschheitsgedanke ist ihr noch ganz genau so fernstehend und undenkbar, wie er in den Berichten der Hunderten von Jahren das Grammatikbuch des Rada, und der gelehrte Ausdruck, den die Philosophen materialistischer Anschauung dafür finden, lautet in prägnanter Fülle: „Utopie“.

Kein Wunder, wenn diese angenommene Unwahrscheinlichkeit zu den gemagtesten Experimenten und Kompromissen zwischen denjenigen beider Anschauungen führt, die auf einer Zwischenlinie stehen und deren Versuche trotz größter Hingabe keine Einigung unter den Menschen bewerkstelligen können und auch auf keiner Seite reißlose und bleibende Befriedigung auslösen. — Im Gegenteil, das Streben auf beiden Seiten wächst sich zu einer Kraftprobe aus, die, mag sie ausfallen wie sie will — vorerst nichts am materialistischen Denken und den durch dieses bedingten Verhältnissen ändert.

Diese Versuche sind sonach eher ein Hindernis und ein Stillstand im Fortschreiten der Entwicklung und können sogar einen merklichen Rückschritt bedeuten. Sie sind nichtsdestoweniger aber Naturbedingung; denn erst durch sie wird der Klärungsprozess ermöglicht und das logische Denken in Bahnen gelenkt, die in ihrem Verlaufe zum wahren Idealismus führen werden und müssen.

Der einzige Weg, der Erfolg verspricht, indem er die Entwicklung beschleunigt, ist die Erziehung zum Menschen und zur Selbsttucht. Es sind dies die Grundpfeiler, auf denen das Majus der idealistischen Weltanschauung sich aufbauen wird und die in späterer Zukunft das Leben der Menschen regeln werden. Durch Nacht zum Licht!

Eine ungenügende Regierungserklärung.

Nach unendlicher Mühe und mit einer Geduld, die im allgemeinen nur in Zeiten höchster Hingabe an ein großes Ziel aufgebracht wird, ist es den gerissenen Machern in jenen Kreisen gelungen, die schwarz-blaue Koalition, das heißt: eine Arbeitsgemeinschaft zwischen allem, was volksfeindlich ist, zusammenzubringen. Zentrum, Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen würden ihr innerstes Wesen noch weiter verleugnen müssen, wenn sie sich nicht endlich zu dem edlen Wert der Verdummung und Auspöterung des Volkes zusammengefunden hätten. Und wenn man sich die neuen Männer in der neuen Regierung ansieht, dann darf man ohne weiteres das Vertrauen in sie setzen, daß sie ihre eigenen, bisher mit einer absichtlichen Verschleierteit aufgebauten Gegensätzlichkeiten zurückstellen werden, um das erlöschende Ziel so schnell wie irgend möglich zu erringen.

Man darf glauben, daß das sogenannte Regierungsprogramm den Parteien des Besitzbürgerblocks viel Kopfschmerzen gemacht hat. Gandelte es sich dabei doch um eine jener gewundenen Erklärungen, in denen — nach der Ausdrucksweise der Diplomaten — die Sprache dazu da ist, die eigenen Gedanken und Absichten hinter einem Schwall von Worten zu verbergen. Es ist ja nach den Erfahrungen der Jahre auch keine Kleinigkeit, den Reichstag glauben zu machen, daß die Deutschnationalen in Zukunft gewillt seien, innerhalb der Koalition eine Politik im Sinne der Weimarer Verfassung zu machen. Wenn wir von außenpolitischen Fragen, die eine Reihe äußerster Gefahrenmomente in sich bergen, ganz absehen, so bleibt auch innenpolitisch so viel des Bedenklichen, daß die Arbeiterchaft in steter Kampfbereitschaft Gewehr bei Fuß stehen muß. Was in sozialpolitischer Beziehung in dem Programm enthalten ist, entspricht durchaus der reaktionären Einstellung eines schärfmacherischen Unternehmertums. Die Hoffnungen auf gesetzgeberische Maßnahmen zur Sicherstellung des Achtstundentages und einer noch weitergehenden Verkürzung der Arbeitszeit, um die Millionen Erwerbslosen in den Produktionsprozess einzureihen, werden von dieser Regierung bestimmt nicht erfüllt werden. Ebenjowenig wird die Sozialgesetzgebung auf andern Gebieten vorwärtsgeworben und es wird notwendig sein, daß alle diese Forderungen von den Gewerkschaften als Kampfbühnen an die erste Stelle ihrer Gegenwartsaufgaben gestellt werden. Wir dürfen uns darüber klar sein, daß man sich zwar im Anfang vor einem allzu scharfen Vorgehen gegen die werklätige Bevölkerung hüten wird. Desjo intensiver wird man in der Stille an dem einmal gesteckten Ziele arbeiten und dann auch vor dem Gewaltstreik gegen die Republik nicht zurückscheuen.

Dieser Besitzbürgerblock ist die offene Kampfanfrage an die werklätige Bevölkerung. Aber alle Pläne der ganzen reaktionären Gesellschaft werden zunichte, wenn sich das Proletariat auf seine Macht besinnt. Denn noch immer gilt, was sich bei der Abwehr des verbrecherischen Kapp-Putsch so glänzend gezeigt hat. Deshalb:

„Mann der Arbeit, aufgewacht, und erkenne Deine Macht. Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!“

Aus unsem Beruf

Breslau. In unserer Generalversammlung am 26. Januar gab Kollege Wagner die Berichte für das abgelaufene Geschäftsjahr. Wir hatten mit der Organisation einen schweren Stand; waren doch im Durchschnitt dauernd 35 vom Hundert unserer Kollegen arbeitslos. Die Zahl der selbständigen Malereibetriebe hat sich seit 1919 mehr als verdoppelt; damit hat sich aber auch ein wilder Konkurrenzkampf entpinnen, der die für unsere Gefühlschaft ohnehin ungünstigen Erwerbsmöglichkeiten noch unsicherer gestaltet. Unter diesen mißlichen Verhältnissen hat die Filialleitung ihre größte Aufmerksamkeit dem Aufbau eines gut funktionierenden Vertrauensmännerstems zugewendet und in zahlreichen Werkstellenversammlungen den Grund zu einer umfassenden Agitation gelegt. Der Erfolg der gesteigerten Aktivität zeigte sich in der Aufnahme von 313 neuen Mitgliedern. So konnten wir unsere Mitgliederzahl trotz wesentlichen Abgängen mit 978 eingetragenen Mitgliedern stabil erhalten. Neben einer lebhaften Versammlungstätigkeit, an der die Beteiligung leider nicht immer befriedigend war, wurden noch aufklärende Vorträge arrangiert und 30 Funktionäre zur Fortbildung in die Veranstaltungen des ADGB, Betriebsrätekurse usw. delegiert. Die Jahresabrechnung balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 59 949 M., bei einem Kassenbestand von 7 777 M. Durchschnittlich leistete jedes Mitglied 45 Wochenbeiträge und einen durchschnittlichen Beitrag von 83,1 J. Das Unterstützungswesen wurde in 752 Fällen in Anspruch genommen und volle 30 % der Gesamtsumme für soziale Zwecke ausgegeben. Leider ist der Kassenbestand der Filiale noch immer unbefriedigend. — Zum Malergewerbe sind die Lohn- und Tarifverhältnisse

durch den schlesischen Landestarif geregelt, doch mußten Differenzen in der Lohnfrage vom Schlichtungsausschuß aus der Welt geschafft werden. Die Ladireraktion hatte unter der großen Arbeitslosigkeit in der Waggon- und Rosserieindustrie zu leiden; doch konnten die tariflichen Vereinbarungen aufrechterhalten werden. Im Berichtsjahre ist eine Sektion der Schildermaler errichtet worden, die sich günstig entwickelt hat. Die Jugendabteilung konnte durch wirkungsvolle Agitation unter den Lehrlingen erweitert und ausgebaut werden. Diejem Zweig werden wir auch in Zukunft unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden. In den 10 Filialstellen haben sich die Organisationsverhältnisse trotz der ungünstigen Beschäftigungsmöglichkeiten zufriedenstellend entwickelt. Von der Organisation ist nichts unterlassen worden, um die mißliche Lage des Gewerbes zu heben. Unter anderem sind in Schlesien dieselben Maßnahmen für Beschaffung von Winterarbeit ergriffen worden, wie im übrigen Reichsgebiet. — Im 2. Punkt der Tagesordnung wurde ein neues Ortsstatut einstimmig angenommen. Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen 1. und 2. Vorsitzenden, Kollegen Werner und Silian, zu Schriftführern wurden die Kollegen Gafke und Gübner, zu Beisitzern die Kollegen Deichsel und Gladisch gewählt. Nach Hinweisen auf die Möglichkeit der Steuerrückerstattungen und auf die Notwendigkeit der Werbung für unser Fachblatt wurde die gut verlaufene Versammlung beendet. — Das neue Jahr wird uns eine große Anzahl neuer Aufgaben bringen, und die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage wird uns weitere Schwierigkeiten bereiten. Bauen wir unsere Organisation aus und halten als gute Kollegen in treuer Kameradschaft zusammen, dann werden wir die Verhältnisse auch weiter meistern können. Die Kraft der Organisation hängt von der Aktivität ihrer Mitglieder ab. Darum, Kollegen, frisch ans Werk!

Rößigsberg i. Pr. Unsere Generalversammlung fand am 27. Januar bei guter Beteiligung der ortsanfässigen Kollegen statt. Sie wurde durch einige, vom Gesangsverein der Maler stimmungsoll vorgetragene Lieder eingeleitet. Nachdem der Verstorbenen des abgelaufenen Jahres gedacht war, wurden der Bericht vom 4. Quartal und anschließend daran der Jahresbericht entgegengenommen. Wir können über eine zwar langsame, aber stetige Mitgliederzunahme berichten. Für den Ausbau der Lehrlingsabteilung wurden weder Mühe noch Kosten gescheut, der Erfolg entspricht unseren Erwartungen und wird noch besser werden, wenn sich unsere Kollegen überall in den Betrieben zu einem solidarischen und gemeinsamen Handeln zusammenschließen. Der 2. Punkt brachte die Wiederwahl der gesamten Filialverwaltung, ebenso wurden die Vertreter des Ortsstarikamtes wieder bestätigt. Der Kreis der Vertrauens- und Betriebspleute wurde durch Hinzunahme einiger weiterer Kollegen ergänzt. Hierauf wurde ein ausführlicher Bericht über die gemeinsamen Verhandlungen mit den Behörden über die Arbeitsbeschaffung gegeben. Die Erfolgsmöglichkeiten sind noch nicht ganz ausgeschöpft, der Anfang hat uns aber den Weg gewiesen, wie weiteres zu erreichen ist. Die Lehrlingsstatistik ist den Arbeitgebern eindringlich vor Augen geführt. Eine ausgedehnte Debatte gab uns noch wertvolle Fingerzeige, wo fühlbare Mißstände abzustellen sind. Zur Information wurden sowohl die neu aufgenommenen wie auch die gestrichenen Kollegen und die faulen Zahlen bekanntgegeben. Ferner wurden die Kollegen auf die Möglichkeit der Steuerrückerstattungen für 1926 hingewiesen. Eine Differenz im Betrieb der Malerhütte erregte hierauf noch eine längere Aussprache, ohne daß eine reißlose Klärung erzielt ist. Nachdem die Gesangsabteilung noch um bessere Mitarbeit an ihren kulturellen und gesellschaftlichen Zwecken dienenden Veranstaltungen gebeten hatte, wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband geschlossen.

Potsdam-Nowawes. Am 21. Januar tagte unsere gut besuchte Generalversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Mohrmann, schilderte ausführlich die Ereignisse des verflorenen Jahres und verfehlte nicht, darauf hinzuweisen, daß wir auf manchen Gebieten weiter sein könnten, wenn nicht ein Teil unserer Kollegen interesselos beiseite gestanden hätte. Dennoch ist der Stand unserer Organisation, an den mißlichen Wirtschaftsverhältnissen gemessen, nicht ungünstig. Das geht auch aus dem Kassenbericht des Filialkassierers, Kollegen Sojchet, hervor, der feststellen konnte, daß die Beitragszahlung im abgelaufenen Geschäftsjahr als getadelt zu vorbildlich bezeichnet werden darf. Dieses Resultat ist nicht zuletzt auf die Mühigkeit unserer Hauskassierer zurückzuführen. Zum Zeichen der Anerkennung für ihre aufopfernde Tätigkeit im Dienste der Organisation wurden die Kollegen Mohrmann und Sojchet durch Erheben von den Plätzen geehrt und auch für das kommende Jahr wieder mit der Führung der Geschäfte betraut. Eine neue, aber dankbare Aufgabe haben wir uns mit der Errichtung einer Lehrlingsabteilung geschaffen. Deshalb erfolgt an unsere Kollegen die dringende Mahnung, alle Lehrlinge und jugendlichen Arbeitskollegen der Organisation zuzuführen und dabei mitzuwirken, sie zu guten Verbandskollegen heranzubilden. Ferner wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß sich unsere Kollegen mehr als bisher an den von der Arbeiterchaft eingerichteten Kurzen und Bildungsbestrebungen beteiligen möchten.

Teterow. (Verbindlich erklärter Tariflohn.) Unser mecklenburgisches Städtchen, in sehr fruchtbarer Gegend an dem See gleichen Namens gelegen, ist wegen des ausgeprägten Erwerbsfinnes seiner Bewohner schon in früherer Zeit zu einem gewissen Ruhme gelangt. Da wurde nämlich einmal — der Sage nach — in dem sischreichen Gewässer ein Hecht gefangen, der wegen seiner Größe allgemeine Bewunderung erregte. Man befürchtete aber, daß das Tier trotz seines — für einen Hecht — ganz respektablen Gewichtes zu einer Mahlzeit für den mit gesundem Appetit ausgestatteten Rat der Stadt nur knapp ausreichen würde und hat deshalb den weisen Beschluß gefaßt, den Hecht noch einige Jahre schwimmen zu lassen, bis er groß genug geworden sei. Und so geschah es auch. Man hand ihm mit vieler Mühe eine Glode um den Hals und brachte ihn wieder in sein feuchtes Element zurück.

Gehtes hat man bis heute noch nicht wieder habhaft werden können, der Erwerbssinn und der gute Appetit haben sich in unserm Bürgertum bis auf den heutigen Tag erhalten. Unsere Malermeister in Teterow geben alle Mühe, sich der Vorfahren würdig zu erweisen, auch bei ihnen will sich kein anderer Erfolg einstellen, er den Bürgern in jener alten Zeit beschieden war. Im Mai 1926 war letztmals ein örtlicher Tarif im Malergewerbe abgeschlossen und der Lohn war vom 3. Oktober 1925 an auf 87 % die Stunde festgesetzt worden. Erneuerung des Tarifvertrages scheiterte an dem Zustand der Unternehmer, die der Meinung waren, im Wettbewerb zu können, das heißt ohne Tarifvertrag wegzukommen. Da wenig Arbeit vorhanden war, ließen sie den Lohn aus eigener Machtvollkommenheit auf 75 % also um 12 % die Stunde herab. Gegen dieses Vorgehen wurde unsererseits der Schlichtungsausschuß in Teterow angerufen, der für Teterow einen Lohn von 85 % festsetzte. Dieser Schiedsspruch ist von unsern Kollegen angenommen, die Arbeitnehmer enthielten sich jeder Neubegehrung und bezahlten nach wie vor nach ihrem Gutdünken. Diesem uns angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage in Teterow anderer Weg, als die Verbindlichkeitsklärung zu geben. Der Schlichter für die Bezirke Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Pommern hatte die Sache vorerst zur nachträglichen Verhandlung an den Schlichtungsausschuß in Teterow zurückverwiesen, der in seiner Sitzung vom 11. Dezember 1926 den nachstehenden Schiedsspruch fällte: „Der Lohn für Gesellen über 20 Jahre beträgt von der Lohnwoche ab 7 % weniger, wie er laut Reichstarifvertrag für das deutsche Malergewerbe für das Lohnjahr 1926 jeweils festgelegt ist oder wird. Diese Lohnwoche gilt bis zum 15. Februar 1927 und verlängert sich stillschweigend um je weitere 3 Monate, falls sie nicht im Monat vor Ablauf gekündigt wird.“ Dieser Schiedsspruch ist von den Arbeitgebern abgelehnt, von den Gesellen mit dem Antrag auf Verbindlichkeitsklärung angenommen worden. Alle Versuche einer Verständigung sind ergebnislos geblieben. Die Unternehmer begründeten die Ablehnung damit, daß die Hauptkundschaft auf dem Lande wohnt, und daher stets mit dem Wettbewerb der aus den umliegenden Orten gerechnet werden müsse. Halb könnten sie sich einer tariflichen Regelung nicht erwerfen. (?) Demgegenüber konnte von unsern Kollegen Nachweis erbracht werden, daß in den für Teterow als Konkurrenz in Betracht kommenden Orten zum Teil sogar höhere Löhne gezahlt werden. Da außerdem ein Gutachten des Reichsbundes für das deutsche Malergewerbe, Norddeutschland e. V., die vom Schlichtungsausschuß aufgestellte Regelung für die Arbeitgeber von Teterow als unzulässig bezeichnet, geht die Entscheidung des Schlichters dahin: „Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 11. Dezember 1926 ist verbindlich erklärt.“ Damit ist für Teterow ein tariflicher Lohn geschaffen. Unsere Kollegen haben mit der alten Gepflogenheit am Orte gebrochen, sie haben den Gehalt, den die Meister ins Wasser zurückgeworfen haben, wieder eingefangen. Wenn er durch die schlechte Wirtschaft auch ein wenig gelitten hat, so wird er bei richtiger Pflege durch unsere Kollegen sicher zu neuem Aufschwung gebracht werden können. Voraussetzung ist natürlich, daß die Kollegen treu an der Organisation festhalten, ohne deren Widerstand die Unternehmer, wie oben angegeben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht nach den Bedürfnissen der Arbeiterschaft, sondern nach eigenem Nutzen festsetzen würden.

Verufsunfälle

Hamburg. Am 15. Dezember 1926 erlitt der Maler Reinhold Mielke einen Verufsunfall und büßte damit das erste Glied des Ringfingers seiner linken Hand ein. Er, der im 2. Vehrjahr steht, arbeitete in einem Treppenaufgang von einer 4 m hohen Anlegeleiter. Die Leiter rutschte im Fall hielt er sich am Leiterposten fest, dabei wurde der Ringfinger derart gequetscht, daß der Knochen zersplitterte. Das Glied des Fingers mußte ihm amputiert werden.

Wismar. In der hiesigen Waggonfabrik wurden einige Arbeiter beauftragt, die Decken und Wände im Gebäude der Schmiede neu zu streichen. Da die Räume 9 m hoch waren, bauten sich die mit der Arbeit Beauftragten ein Gerüst. Nachdem die Kollegen kurze Zeit auf dem Gerüst gearbeitet hatten, brach ein Balken und der Kollege Ghehn stürzte in die Tiefe. Der Verunglückte kam zwar auf die Füße zu stehen, brach aber sofort lautlos zusammen. In demselben Augenblick fiel auch der zehnte Balken herab und zerschmetterte dem Untenstehenden den Fuß. Der Kollege Ghemann wurde sofort ins Krankenhaus überführt, war aber bisher noch nicht beweglich. Da ein Bluterguß im Rücken vorliegt, ist eine nähere Feststellung über den Grad der Körperverletzungen noch nicht vorgenommen worden.

Genossenschaftliches

Die Volksfürsorge im Jahre 1926. Mit einem durchaus zufriedenstellenden Ergebnis schloß die Volksfürsorge, Genossenschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, Geschäftsjahr 1926 ab. Ueber eine Viertelmillion Anträge wurden während des Berichtsjahres im Hauptbureau eingereicht. Das ist ein Resultat, das sich nicht in Worten beschreiben läßt. Es wäre noch viel besser geworden, wenn die Volksfürsorge die Arbeitslosigkeit keine Grenzen gezogen hätte. Jetzt verfügt die Volksfürsorge — unter Berücksichtigung der Abgänge — über einen Bestand von mehr als 1000 Versicherungen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß unser Versicherungsunternehmen auch im nächsten Jahre ein gut Stück vorwärts kommen, seinen Versicherungsbestand wesentlich erhöhen und damit die Leistungsfähigkeit erfreulich steigern wird. Seit der Inflationszeit vor circa 1900000 M an Versicherungsbeiträgen sind zur Auszahlung gebracht, davon allein im vorigen Jahre rund 1/4 Million Mark. Bei einer stetigen Entwicklung der Volksfürsorge wachsen natürlich auch

ihre Prämieinnahmen. Das wirkt sich darin aus, daß den wirtschaftlichen Unternehmungen der deutschen Arbeitnehmerschaft noch mehr als bisher Hypothekendarlehen gewährt werden können. Viele Millionen fanden für den angebotenen Zweck schon Verwendung. Die Aufhebung der Wartelzeit bei den infolge akuter Infektionskrankheiten, Entbindungen usw. eingetretenen Todesfällen sowie die Einführung der Gratis-Unfallversicherung hat sich als außerordentlich segensreich erwiesen und der Volksfürsorge viele neue Freunde zugeführt. Alles in allem: Unsere Volksfürsorge zeigt sich stark und fräftig und wird auch weiterhin in hohem Maße den ihr zugewiesenen Aufgaben gerecht.

Gewerkschaftliches

Otto Freitag †. Der langjährige Hauptkassierer des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelverbandes (Denag) Otto Freitag, ist in Hamburg am 1. Februar in seinem 59. Lebensjahr einem Schlaganfall erlegen. Schon als Väterchen hatte er die ungeheuerliche Ausbeutung kennengelernt, die in diesem Berufe früher gang und gäbe war. So wurden in ihm schon früh die Keime zur Gewerkschaftsarbeit und für den sozialen Kampf gelegt. In jungen Jahren schloß er sich seiner Organisation an, war später lange Jahre ehrenamtlich als Gauleiter für Sachjen und Thüringen in Leipzig tätig und wurde 1910 mit dem verantwortungsvollen Amt des Hauptkassierers betraut, das er mit musterhafter Korrektheit und denkbar größter Pflichttreue bis zu seinem plötzlichen Hinscheiden ausfüllte. Die Organisation verlor einen Mitarbeiter, der sich einen ehrenvollen Platz in der Arbeiterbewegung errungen und ein treues Gedemken gesichert hat.

Dem Ueberstundenschieber!

**Fünf Millionen nagen in Deutschland am Hunger-
Jermürbt von der Arbeitslosigkeit Fluch [uch]
Darben Millionen Männer, ihre Frauen und
Ist da nicht jeder ein arger Sünder, [Kinder.
Der in der Arbeit stückigem Zwang
Länger als acht Stunden, in ekhem Hang
Am Mehrverdienen, durch Ueberstunden
Verschärft das Elend, vermehrt die Wunden,
die den Ärmsten der Kapitalismus schlägt?
Merk' es genau, du Ueberstundenschieber:
Hier trifft es nicht zu: Je länger, je lieber!
Je länger die Arbeit, je kürzer dein Leben!
Auf solche Weise dein Leben zu heben,
Ist nichts als ein Trugschluss! Jegliche Stunde
Der Mehrarbeit schlägt dir selbst eine Wunde,
Zudem stiehlt sie dem, der draußen in Not,
Vom Munde den kärglichen Bissen Brot!
Soll man dich nicht bezeichnen als skrupellos,
Allen solidarischen Handelns bloß,
Als Egoisten, als Feind deiner Klasse,
Dann besinne dich endlich und unterlasse
Das verächtliche Schieben von Ueberstunden,
Sei ein Mann! Sag' dem Krauter unummunden:
Die Ueberstunden vergrößern die Not,
Da draußen harren Millionen auf Arbeit und Brot;
Es ist Sünde und Schande, trotzdem nach Belieben
Nun auch noch Ueberstunden zu schieben! Zaefs.**

Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge. (Merkblätter für die Arbeitnehmerbeisitzer der Verwaltungsausschüsse.) Soeben ist die erste Nummer dieser kleinen achtseitigen Monatschrift, die der Information der Verwaltungsausschüsse bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen dienen soll, erschienen. Die Merkblätter werden durch den Bundesvorstand den Bezirkssekretären zugestellt, die sie ihrerseits wieder an die Verwaltungsausschüsse ihres Bezirkes wie auch an die Ortsausschüsse weiterzuleiten haben. Der Zweck dieser neuen Schrift geht nicht dahin, die allgemeinen Erörterungen über Fragen der Arbeitslosigkeit, Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenunterstützung aus der „Gewerkschaftszeitung“ und der „Arbeit“ herauszuziehen, es soll sich vielmehr hier handeln um die allgemeinerständliche Bearbeitung aktueller Fragen aus der Praxis von Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, insbesondere um Mitteilungen über die Auslegung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen, sowie Bescheide der Reichs- und Landesbehörden. Außerdem wird jede Nummer eine kurze Uebersicht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes bringen, sowie einen kleinen Zeitaussatz, der eine besondere aktuelle Frage behandelt. Die den dem ADGB angeschlossenen Verbänden angehörenden Beisitzer der Verwaltungsausschüsse bei den Arbeitsnachweiskämtern und bei den Landesämtern für Arbeitsvermittlung haben den Anspruch auf kostenlose Zustellung der Merkblätter. Wenn diese infolge eines Vergehens nicht erfolgen sollte, bitten wir die betreffenden Kollegen, sich an ihren Ortsausschuß und gegebenenfalls an den Bezirksausschuß wenden zu wollen.

Höhere Löhne beleben die Wirtschaft. In der „Industrie- und Handelszeitung“ vom 25. Januar finden wir einen Bericht über den Bekleidungs-Einzelhandel. Es heißt dort: „Das Schwergewicht der Nachfrage liegt nach wie vor in den mittleren Preisen zwischen 50 und 80 M. Teuere Konfektion ist nur schwer zu verkaufen. . . Die erfreuliche Belebung des Geschäfts kann aber gleichwohl nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß im allgemeinen die Kaufkraft der breiten Masse nach wie vor sehr gering ist. Die nun allen Bezirken vorliegenden Monatsberichte der Bekleidungs-Geschäfte ermöglichen hierfür wertvolle Rückschlüsse. Am ausgeglichendsten erscheint hiernach die wirt-

schastliche Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. In den Einzelhandels-Geschäften der Standorte von eingeschränkt arbeitenden Industriezweigen macht sich die durch die Einschränkung der Betriebe eintretende Schwächung der Konsumkraft deutlich bemerkbar. Ueberhaupt ließ sich im Monat Dezember wiederum wiederholt beobachten, wie lokale Vorgänge dieser Art sich sofort im Konsum der Bevölkerung auswirken. Ein Streik in der Eisenindustrie des Bezirkes Schleswig zum Beispiel brachte sofort, namentlich in den Bekleidungs-Geschäften, einen empfindlichen Umsatzzwang. Umgekehrt brachte ein in der pfälzischen Schuhindustrie gefällter Schiedsspruch sofort eine zunehmende Nachfrage in den Textil-Geschäften.“ Dieser Bericht zeigt, daß die Kaufkraft der breiten Masse der Hebel der Geschäftsbelebung ist. Hat die breite Masse Geld und stabile Einkommensverhältnisse, dann gehen die Geschäfte naturgemäß gut. Kommt umgekehrt die arbeitende Klasse über ein trauriges Existenzminimum nicht hinweg, dann steht es auch in der Geschäftswelt sehr schlecht aus.

Das Parlament der kaufmännischen Jugend. In Dresden werden am 20. Februar dieses Jahres im Sitzungssaal des sächsischen Landtages die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten kaufmännischen Jugend Deutschlands zu erster Beratung zusammentreten. Seit der 2. Reichsjugendkonferenz des B. d. U. in Bielefeld 1925 ist eifrig an der Vervollkommnung der Jugendarbeit des Verbandes gearbeitet worden. Kommt es doch darauf an, Mittel und Wege zu finden, um die kaufmännischen Lehrlinge und jugendlichen Angestellten schon frühzeitig der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Die Tagesordnung der Konferenz sieht vor: Einen Bericht „Stand und Entwicklung der Jugendarbeit des B. d. U.“, ein Referat „Lage der erwerbstätigen Jugend im Angestelltenberuf“, Neuwahl des Reichsjugendauschusses und ein zusammenfassendes Schlußwort des Verbandsvorsitzenden Otto Urban, Mitglied des Reichswirtschaftsrats. Die Aussprache zu den einzelnen Punkten wird den Vertretern aus allen Landesteilen die Möglichkeit zu weitgehender Meinungsäußerung bieten. Es liegt im Interesse der kaufmännischen Jugend, wenn sie lebhaften Anteil nimmt an den Verhandlungen und Beschlüssen ihrer gewerkschaftlichen Organisation.

Sozialpolitisches

Arbeitslosigkeit der Jugendlichen und Verlängerung der Schulpflicht. Die Erwerbslosigkeit birgt besonders für die schulentlassene Jugend eine große Gefahr in sich, und diese Erkenntnis hat schon mehrfach zu ernsthaften Erörterungen über eine Verlängerung der Schulpflicht geführt. Leider stehen zuverlässige Angaben über die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen im ganzen Reichsgebiet nicht zur Verfügung. Die Erhebungen der Arbeitsnachweise können keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen, da nur die jugendlichen Erwerbslosen, die auf den Arbeitsnachweisen eingetragen sind, während ein ganzer Teil schulentlassener im Hause der Eltern bleiben und andere ohne Berufsamt und Arbeitsvermittlungstelle an Hand von Zeitungsannoncen selbständig auf der Suche nach Lehr- und Arbeitsstellen begriffen sind. Für Berlin wurde gleich nach der Schulentlassung Ostern 1926 eine Umfrage in den Berliner Berufsschulen veranstaltet, durch die 6184 männliche und 7590 weibliche, zusammen 13774 jugendliche Erwerbslose ermittelt wurden, während durch die Ermittlungen der Arbeitsnachweise zu derselben Zeit insgesamt nur rund 7000 Erwerbslose im Alter von 14 bis 18 Jahren gezählt sind. Über das Ergebnis wäre noch erheblich ungünstiger, wenn nicht zum Teil bis zu 25 % der zur Entlassung reifen Schüler auf Wunsch der Eltern noch für ein weiteres Jahr in der Schule verblieben. Es gibt also viel mehr Jugendliche, als offene Arbeitsstellen vorhanden sind. Das führt zu einem Andrang auf die offenen Arbeits- und Lehrstellen, und mancher Kleinhandwerker nimmt sich ein paar Lehrlinge, weil das Angebot vorhanden ist, ohne daß in seinem Zweigbetrieb eine Gewähr für fachliche Berufsausbildung gegeben ist. Andererseits sind wir uns alle einig, daß die Schulbildung im allgemeinen viel zu wünschen läßt und daß die erhöhten Anforderungen im Leben eine wesentlich verbesserte Vorbildung erfordern. Da drängt sich von selbst der Gedanke auf, die Not der Jugendlichen durch eine Verlängerung der Schulzeit um ein weiteres Pflichtjahr zu mildern. Wir gewinnen dadurch mehr Bildungsmöglichkeit, außerdem ist der jugendliche der jeilich vernichtenden Wirkung des arbeits- und stellenlosen Herumlagerens entzogen. Gewiß wird die Anregung bei vielen Eltern auf Widerstand stoßen. Aber die schulentlassenen liegen ihren Eltern ohne weiteres auch zur Last, wenn eine Arbeits- oder Lehrstelle nicht gefunden wird. Man sollte auch nicht übersehen, daß der Grund für manches verpfuschte Leben in der dem Zufall überlassenen Berufswahl gelegt wird. Eltern und Vormünder sollten daher erkennen, daß eine Verringerung des Lehrlings- und Arbeiterangebots sich in einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse für Jugendliche auswirken müßte. — Die freiergewerkschaftliche Jugendzentrale in Berlin hat allen Ernjtes die Forderung nach einer Verlängerung der Schulzeit um ein weiteres Jahr erhoben. Otto Heßler unterzieht sich der dankenswerten Aufgabe, die Materie in einigen fortlaufenden Artikeln der „Gewerkschaftszeitung“ (von Nr. 4 an) von allen Seiten zu unteruchen. Die Aufsätze sollen bewirken, daß man sich allerorts des näheren mit diesen bedeutungsvollen Fragen beschäftigt.

Ein Reichsmuseum für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde soll in Düsseldorf errichtet werden. Das neue Museum soll in demselben Ausmaß geschaffen werden, wie das Deutsche Museum in München und das Hygienische Museum in Dresden. Die Gründung ist bereits erfolgt, die organisatorischen Maßnahmen sind festgelegt und ein provisorischer Vorstand gebildet, dem ein sogenannter Senat zur Seite stehen soll. Inzwischen ist auch schon eine Konferenz von Wissenschaftlern mit der Ausarbeitung des Programms beauftragt worden. Auffallen mußte es, daß die Arbeitnehmerschaft von den Vorbereitungen vollständig ausgeschlossen wurde, während die Industrie, unter Führung

Dr. Wöglers, auf der Gründungsversammlung besonders stark vertreten war. Man hat der Arbeiterschaft lediglich zwei Sätze in dem Senat überlassen wollen. Dagegen haben die Dünkeldorfer Gewerkschaftsvorstände mit Recht Protest eingelegt und in einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterschaft den ganzen Sinn vermisst, wenn man den Gewerkschaften nicht einen pari-passim Einfluß einräumt. Infolge dieses Protestes ist Professor Dr. Schloßmann, der geistige Leiter der Gesellschaft, beauftragt worden, den Gewerkschaftsvorständen in einem Vortrag Zweck und Ziele des Museums darzulegen. Danach sollen in demselben die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, die Bedeutung der Arbeit für den Staat und die Gesamtheit, die Entlohnung, Nationalisierungsbemühungen usw. zur Darstellung kommen. Man habe vorläufig lediglich die Finanzierung sicherstellen wollen, und man sei durchaus bereit, mit der Arbeiterschaft gemeinsam an diesem Ziele zusammenzuarbeiten. — Die Gewerkschaften werden die Räume fördern, sie werden sich aber auch den Einfluß sichern, der ihrer gesellschaftlichen Bedeutung im Staat und in der Wirtschaft zukommt.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Arbeit und Sport. In der Gewerbemedizin hat man sich jahrelang mit den Schädigungen durch das gewerbliche Leben beschäftigt und dabei die positive Seite, wie sie die Arbeiterphysiologie darstellt, vernachlässigt. Neben der natürlich auch notwendigen Beschäftigung mit dem gewerblichen Gesundheitschaden studiert die Gewerbemedizin jetzt auch mehr als früher die gesunde Arbeitsmöglichkeit. So behandelt Dr. Nischer im „Zentralblatt für Gewerbehygiene“ seine Untersuchungen, die er durch kinematographische Aufnahmen von unbedeutenden Arbeitern gemacht hat, um hieran die Bewegungen und den ökonomischen Gebrauch der Kraft zu studieren. So hat er beobachtet, daß sich die Arbeitsbewegungen des Geistes deutlich von denen des Angeübten durch Kürze der Bewegung und Ausschaltung von unnötiger Muskelaktivität unterscheiden. Der Geübte arbeitet ökonomischer. Darum ist besonders die Arbeitsweise der Lehrlinge und der anderen Jungen nicht nur unökonomisch, sondern auch ungesund. Mit den leichtesten beginnend, müssen die Lehrlinge zu dem Gebrauch der Werkzeuge, wie Dr. Nischer schreibt, angeleitet werden. Auch sind die Arbeitsstücke zu hoch. Die Arbeitsstücke sind genau so wie in den Büreaus auf die Erwachsenen eingestellt. Das aber führt genau so wie die einseitige Beanspruchung von wenigen Muskelgruppen gerade bei den Jugendlichen oft zu körperlichen Mißbildungen. Ja, diese einseitige Muskelbeanspruchung kann selbst beim Schweißer zu Fettleibigkeit führen, die wieder Kreislaufstörungen und vorzeitige Abnutzung der Menschenkraft im Gefolge hat. Das gleiche gilt auch für den Feinarbeiter. Darum verlangt Dr. Nischer besonders für die Jugendlichen dringend Leibesübungen, und zwar müssen sie bei den Lehrlingen nach dem Berufe individualisiert sein, damit die harmonische Entwicklung des Körpers gewährleistet wird.

Vom Ausland

Der bezahlte Urlaub in den Tarifverträgen europäischer Länder. Das Internationale Arbeitsamt hat eine umfangreiche Erhebung über die bezahlten Ferien der Arbeiter in den europäischen Ländern vorgenommen, deren Ergebnisse in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ veröffentlicht werden. Danach kommen in Europa gegenwärtig etwa 19 Millionen Arbeitnehmer, das sind ungefähr 40 v. H. der Gesamtzahl aller europäischen Arbeiter, in den Genuss eines bezahlten Urlaubs, der ihnen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen oder aber tarifvertraglicher Vereinbarungen zusteht. — Nachstehende Übersicht ist dieser Studie des Internationalen Arbeitsamts entnommen und zeigt die Anzahl und den Hundertsatz der Arbeiter, die einen tariflich gesicherten Anspruch auf einen jährlichen bezahlten Urlaub haben:

Land	Jahr	Anzahl der Arbeiter, die auf Grund der Tarifverträge Anspruch auf bezahlten Urlaub haben	Anzahl der Arbeiter, deren Arbeitsverhältnisse durch Tarifvertrag geregelt ist	Hunderttsatz	Gesamtzahl der gewerkschaftlichen Arbeiter	Hunderttsatz Arbeit, die auf Grund d. Tarifverträge Anspruch auf Ferien haben im Verhältnis z. Gesamtzahl der gewerkschaftlichen Arbeiter
Norwegen ..	1925	119300	121100	98,5	327000	—
Deutschland	1.1.25	149700	5501400	94,6	9839400	82,7
Schweden ..	1924	317600	405000	78,4	632000	—
Frankreich ..	1925	44200	90500	48,7	140100	31,5
Niederlande	1.6.25	101000	245400	41,2	1289750	7,8
Dänemark ..	1919	50000	—	—	252000	—
Polen ..	1925	1500000	—	—	12000000	13,0
Österreich ..	1925	33466	—	—	5098800	0,8

Darüber marschieren Deutschland mit seinen gewerkschaftlichen Erzeugnissen an der Spitze. Denn darüber dürfte wohl kein Zweifel bestehen, dass das Unternehmertum den Arbeitern das Recht auf einen bezahlten Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes nur unter dem eisernen Druck der Gewerkschaften eingeräumt hat. Und entgegen den Absichten der Arbeitgeber, deren ganzes Trachten nur darauf gerichtet ist, den letzten Rest der Erzeugnisse aus der Revolutionszeit zu beschlagnahmen, müssen wir alles dafür einsetzen, diese ersten Schritte sozialer Rechte auszubauen und den Arbeitern im Wirtschaftsleben die völlige Gleichberechtigung zu verschaffen. Dazu ist aber notwendig, dass die klein-

lichen Zwistigkeiten innerhalb der Arbeiterschaft aufgehoben werden und dass sich alle wieder zusammenschließen zu gemeinsamen Kämpfen für gemeinsame Ziele. Dann kann es nur eine Frage der Zeit sein, dass die Ferienfrage allgemein und international geregelt wird.

Fachtechnisches

Hamburg. Vom 10. bis 13. Januar hielt Herr Reichgräber junior aus Gotha einen viertägigen Kursus für freihändige Wand- und Deckenbelegung ab, der von den Teilnehmern als durchaus zweckmäßig geschildert wird. Man kann zwar die Technik dieser wirkungsvollen Flächenbelegung in vier Tagen nicht restlos erlernen, doch kann man sich in dieser kurzen Zeit recht Brauchbares für die Praxis aneignen und sein Können dann durch Selbststudium vervollständigen. Es ist nur zu bedauern, daß sich wegen der großen Erwerbslosigkeit nur wenige Kollegen beteiligen konnten. Sicher ist dagegen, daß die Firmen, die einen oder zwei Kollegen zu dem Kursus entsandt haben, selbst den größten Nutzen aus ihrer Großzügigkeit ziehen werden.

Das Malergewerbe auf der Ausstellung München 1927. „Das bayerische Handwerk“. Nachdem schon mehrfach Angaben über die geplante Einteilung der Fachgruppen auf der Ausstellung München 1927 „Das bayerische Handwerk“ veröffentlicht worden sind, haben wir jetzt in Erfahrung gebracht, daß das Malergewerbe seinen Platz im Anschluß an die Gruppe „Wohnen“ finden wird, und zwar wird es hier in drei Sälen gesondert ausstellen. Das bayerische Malergewerbe wird hier zum ersten Male Gelegenheit haben, in einer geschlossenen, repräsentativen Gruppe aufzutreten und die Entwicklung seiner Technik und seiner Ausdrucks-

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HAND- WERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Moralisch 1 Heft mit starkem Textteil u. 4 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

möglichkeiten darzustellen. Außerdem wird es den Aufbau seines fachlichen Ausbildungswezens, unter Mitwirkung der städtischen Lehranstalt für gewerbliche Malerei und verwandte Berufe zeigen. Es ist zu wünschen, daß man im Anschluß an diese Ausstellungsräume auch den Arbeitnehmern einigen Platz zur Verfügung stellt, damit neben der Vorführung des Technischen und der künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten auch die vielseitigen Gefahren des Berufes in gesundheitlicher Beziehung aufgezeigt werden können.

Fachliteratur

Vom Werte einer guten Fachzeitschrift. Es hängt wohl nicht zuletzt mit unseren materiellen Verhältnissen zusammen, daß wir in bezug auf Weiterbildung unglücklicher werden. Und doch ist nichts verkehrter, als in trüben Zeiten diesen Gemütsdepressionen nachzugeben. Alles im Leben ist wandelbar, und zweifellos wird der schlechteste wieder eine bessere Periode folgen. Nutzen wir deshalb die Zeit bis dahin nach besten Kräften aus, überbrücken wir diese Spanne durch intensive Arbeit an uns selbst, so dienen wir uns und beharrliches Selbststudium wird uns außer dem reichen innerlichen Gewinn zuverlässig auch materiellen Nutzen abwerfen. Allerdings muß erst der Anfang gefunden werden. Entschlossen muß mit unfruchtbaren Grübeleien aufgeräumt werden; denn nur die Tat schafft Erfolg. Hierzu bietet das

„Fachblatt der Maler“ unüberbotene Unterlagen. Heft 2 des 3. Jahrganges bietet mit einem Aufsatz des sowohl als Lehrer wie als Fachtheoretiker anerkannten Münchner Oberstudiendirektors Professor Otto Rüdert: „Die Erziehung zum räumlichen Schaffen“, ein Thema, das im Brennpunkt unserer ganzen beruflichen Tätigkeit steht. Wir finden weiter die Fortsetzung von „Der Weg zur Farbe“, worauf an dieser Stelle schon einmal hingewiesen wurde. Ebenso dürfte der Artikel über den „Aufbau der Wasserfarbenanstriche“ von allgemeinem Interesse sein. — Die farbigen Tafeln geben wiederum eine Fülle besten Anschauungsmaterials. Der in Süddeutschland wirkende Fachlehrer A. Reile zeigt sich als Meister der Perspektive; Heinz Cornum wartet mit einer neuen Idee zum farbigen Entwurf auf, die vielen von uns neuen Anreiz zu gleichen Versuchen geben sollte. Man darf ruhig behaupten, daß der Entwurf in diesem Sinne

die Ausnutzung der Pinselftechnik — statt der Linie die Fläche zu werten — bislang wenig oder gar nicht gepflegt wurde. Mit der Darstellung einer Veranda und einer Dielen- sowie vielen anderen, im Text zerstreut Einzelbildern ist der Inhalt des Heftes noch bei weitem nicht erschöpft. Wir müssen uns hier mit der Aufzählung der Hauptpunkte begnügen, die nach unserer Überzeugung selbst die anspruchsvollsten Leser befriedigen werden. Ungelesene Heft ist ungelebtes Leben. Vielleicht wird gerade dieses Heft imstande sein, fördernd oder gar entscheidend in das Leben einzugreifen; vielleicht findet eine oder andere gerade hier ein Wort oder einen Hinweis, der manche Frage mit einem Schlage klären könnte. So sollte alle unsere Kollegen veranlassen, für ihr „Fachblatt“ zu werben.

Literarisches

Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge. Merktblätter für die Arbeitnehmer der Verwaltungsbüros. Herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, ist diese Merktblätter monatlich einmal erscheinen und der Information der Arbeitnehmer über aktuelle Fragen des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge dienen. Jeder Nummer wird das Nähere auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes eingegangen, ferner werden darin, ohne in das Gebiet der „Gewerkschaftszeitung“ oder der wissenschaftlichen Zeitschrift „Die Arbeit“ einzugreifen, ein kurzer Aufsatz über irgendeine wichtige Frage und Mitteilungen über die Auslegung von Gesetzesbestimmungen enthalten sein. Die folgende erste Nummer enthält neben einer zahlenmäßigen Bilanz der Entwicklung des Arbeitsmarktes einen kurzen Artikel über „Das Vorschlagsrecht des Verwaltungsausschusses für den Etat des öffentlichen Arbeitsnachweises“, ferner Mitteilungen, verschiedene Gebiete der einschlägigen Fragen behandelt. Das Blatt wird allen Arbeitern, die als Helfer in den Verwaltungsbüros tätig sind, gute Dienste leisten.

„Wohnungswirtschaft“, monatlich zwei Hefte, Bezugsmontatlich 50 H. Von dieser guten, im Verlage des ADGB erscheinenden Zeitschrift liegt das erste Doppelheft Nr. 1/2 in moderner Ausstattung vor. Im Eingangartikel weist der Leiter der „Devoag“, Architekt Richard Linke, die Wichtigkeit planmäßigen Wohnungsbaus unter Benutzung der technischen Errungenschaften nach. Stadtbaurat Dr. M. Wagner entwickelt einen Finanzierungsplan für die Groß-Berliner Bauprogramm. Regierungspräsident Krügel behandelt das Städtebaugesetz als Bodenreformer und den Standpunkt der Gemeinwirtschaft. Den Musterbauten Hermanns ist ein mit Abbildungen versehener Aufsatz gewidmet. Sehr energisch werden die finanztechnischen Vorschläge des Reichsbürgerrat zurückgewiesen. Das interessante Heft sollte mit wohnungswirtschaftlichen „Bunten Nachrichten“. Die Zeitschrift kann jedem bestens empfohlen werden. Probenummern stehen bei der Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin SW. 1, Inselstraße 6, zur Verfügung.

„Das Leipziger Wehant“ nennt sich eine kleine, reich illustrierte Schrift, die nähere Mitteilungen über die Entstehung und Aufgaben des Leipziger Wehants macht und unter anderem auch die wichtige Frage der Werbebeiträge, Wehantien, des Wehants abzeichnet usw. behandelt. Wir hören, daß das Leipziger Wehant eine Gründung der Aussteller und Einkäufer ist, die auf heute noch den größten Einfluß auf sämtliche Maßnahmen haben, die vom Wehant durchgeführt werden. Die Propaganda des Wehants stellt dahin, möglichst viel Einkäufer aus dem In- und Auslande zum Besuch der Leipziger Messe zu veranlassen. Zu diesem Zwecke wird eine umfangreiche Propaganda gemacht. Beispielsweise wird das Ausland durch Werbemittel in 21 Sprachen bearbeitet; in 19 Sprachen werden Plakate für die Leipziger Messe. Außer den einzelnen Geschäftskreisen in den wichtigsten Städten des Auslandes hat das Wehant 143 ehrenamtliche Vertreter im Auslande und 155 im Inlande, durch die es eine wirksame Unterstützung seiner Propaganda erfährt. Da seit dem Jahre 1922 wegen der damaligen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen sich das Reich befand, öffentliche Mittel des Leipziger Wehant nicht mehr zur Verfügung stehen, werden die Kosten der umfangreichen Propagandatätigkeit durch Werbebeiträge bestritten, die von den Ausstellern erhoben werden. Derabgemindert werden diese Werbebeiträge durch Zuschüsse der Stadt Leipzig und des Freistaates Sachsen sowie die Gewinne der dem Wehant angeschlossenen Gesellschaften. Sowohl bei der Festlegung der Höhe der Werbebeiträge wie auch der Wehantien wirkt die Ausstellerschaft durch ihre Vertretungen mit. Seit dem Jahre 1923 ist das Leipziger Wehant eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. An seiner Spitze steht unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig ein Verwaltungsrat, der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des Sächsischen Wirtschaftsministeriums, des Leipziger Rates und der Leipziger Stadtverwaltung, der Leipziger Handelskammer und der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Messe e. V. als Mitglieder angehört. Der Verwaltungsrat hat mit der Erledigung der laufenden Arbeiten einen Arbeitsausschuß betraut, der auch die Ausgaben des Wehants überwacht. Er setzt sich aus einem Mitgliede des Rates der Stadt Leipzig, zwei Mitgliedern der Handelskammer Leipzig und drei Mitgliedern der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Messe, also Vertretern der Aussteller und Einkäufer zusammen. In seiner gesamten Geschäftsführung untersteht das Wehant der Aufsicht des Sächsischen Wirtschaftsministeriums.

Bereinstell

Bericht der Hauptkasse für Monat Januar.
Eingefandt haben: Berlin 3500 M., Danzig 98,10, Gießen 150, Württemberg 100, Hamm 113, Sonderswerda 60, Zwickau 30,85, Kaiserslautern 100, Köln 600, Königsbühl 100, Leipzig 1600, Lübeck 300, Marburg 400, Meers 70, Dehnhagen 166,51, Reichenbach 189,97, Siegen 44,80, Stettin 1100, Stuttgart 700, Swinemünde 60, Wilhelmshaven 300, Würzburg 200. J. Feirich, Kassierer.

Vom 6. bis 12. Februar ist die 6. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Dresden. Am 12. Januar starb nach langer Krankheit unser Kollege Richard Winkler im Alter von 61 Jahren.
Essen a. d. R. Am 8. Januar starb unser treues Mitglied Reinhold Mathias infolge eines Nierenleidens. Ehre ihrem Andenken!

Teilhaber in ein Malergeschäft

in einer Industriestadt der Rheinpfalz gesucht. Bewerber muß die Meisterprüfung gemacht haben und über etwas bares Geld verfügen. Sichere Einnahme und große Verdienstmöglichkeit. Geschäft besteht schon. Offerten unter P. 1 an die Geschäftsstelle des „Maler“.